



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

NABU-Landesverband Berlin
Wollankstraße 4
13187 Berlin

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN
Fon: 030 - 4692-140
Fax: 030 - 4692-166
anett.seltz@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222
www.spd.berlin

Berlin, 23. Juli 2021

Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

Sehr geehrte Frau Dr. von Orlow,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm. Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Fragen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die beigefügten Antworten bieten Ihnen einen Überblick über die Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD im für den Natur- und Umweltschutz in Berlin.

Das gesamte Wahlprogramm finden Sie unter: https://spd.berlin/media/2021/05/SPD-Berlin_Landeswahlprogramm.pdf

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen
Lina Najmi

Inhalt

I. Verkehr und Klimaschutz	3
II. Wasser.....	5
III. Stadtgrün	6
IV. Bauen	6
V. Flächensicherung	7

I. Verkehr und Klimaschutz

1) Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei die Klimaneutralität bis 2050 erreichen?

Den Klimawandel zu stoppen, ist eine Menschheitsaufgabe. Dazu muss Berlin seinen Teil beitragen. Im Rahmen eines Bekenntnisbeschlusses haben wir bereits 2019 als erstes Bundesland die Klimanotlage in Berlin ausgerufen. Für Berlin nehmen wir uns in der Klimapolitik ein ehrgeiziges Ziel vor und streben **vollständige Klimaneutralität bis spätestens 2045** an. Sollte es gelingen, eine sozialverträgliche Transformation zur Klimaneutralität früher zu erreichen, wird die SPD Berlin diesen Weg unterstützen. Um dem Pariser Klimaabkommen und unseren Klimaschutzzielen gerecht zu werden, müssen wir den Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen in Berlin schnellstmöglich reduzieren, und zwar um mindestens 70 Prozent bis 2030. Dazu werden wir in der nächsten Legislaturperiode unsere Politik auf folgende Schwerpunkte ausrichten:

- **Klimaschutz als Querschnittsaufgabe sozial gerecht gestalten.** Um dem Pariser Klimaabkommen und unseren Klimaschutzzielen gerecht zu werden, werden wir **alle Politikfelder konsequent auf mehr Klimafreundlichkeit ausrichten**. Bei den anstehenden Veränderungsprozessen muss es sozial gerecht zugehen. Wir brauchen einen **Social-Green-Deal**, um Berlin zu einer sozialen und klimaneutralen Stadt machen. Wir achten darauf, dass Menschen mit geringen und mittleren Einkommen nicht die Hauptlast des Wandels tragen müssen.
- **Klimaschutztechnologien als Motor für Innovation und Beschäftigung fördern.** Unsere Stadt verfügt über eine Fülle von Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die bei der Lösung der Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende stark sind. Sie bringen den Klimaschutz in Berlin voran, gleichzeitig wächst eine moderne Industrie mit neuen, gut bezahlten Arbeitsplätzen. Diese **Potenziale** wollen wir **stärken**. Wir sehen hier den wichtigsten wirtschafts- und energiepolitischen Handlungsschwerpunkt für die nächsten zehn Jahre: Die **Solarenergie** ist einer der zentralen Bausteine für die klimaneutrale Stadt. Damit wir dieses Ziel sicher erreichen, müssen zügig den **in Berlin erzeugten Solarstromanteil auf 25 Prozent** steigern. Daher werden wir gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft und dem Handwerk, den Berliner Stadtwerken und dem Berliner SolarZentrum eine auf Berlin zugeschnittene **Solkampagne initiieren**, die gezielt **für den Wohngebäudesektor praktikable Lösungen** anbietet. Ein wichtiger Beitrag für ein klimaneutrales Energiesystem ist die **Nutzung von Wasserstoff**. In einer **Berliner Wasserstoff-Strategie** werden wir deshalb die Marktreife und Anwendung dieses neuen Energieträgers vorantreiben und in konkreten Projekten erproben, beispielsweise bei landeseigenen Betrieben. Dazu wird auch die Bereitstellung eines allgemein verfügbaren **Wasserstoff-Tankstellennetzes** bei Güterverteilzentren und Betriebshöfen und die Förderung der Wasserstofftechnologie in der Binnenschifffahrt gehören.
- **Wir wollen eine sozialverträgliche Klima- und Energiewende.** Um die Klima- und Energiewende in der Stadt gut und sozial verträglich zu schaffen, brauchen wir leistungsfähige und sichere Infrastrukturen bei Wasser, Energie (Strom, Wärme, Gas), Abfall, Grün, Mobilität, Telekommunikation, die aufeinander abgestimmt betrieben werden müssen. Deshalb werden wir unsere **Rekommunalisierungsbemühungen fortsetzen**, die Infrastrukturen in einem starken Berliner Infrastrukturbetreiber bündeln und die Berliner Stadtwerke zu dem **zentralen Berliner Klimadienstleister** ausbauen. Die auf Initiative der Berliner SPD im Jahr 2014 gegründeten Berliner Stadtwerke nehmen hierbei eine wichtige strategische Funktion ein, die wir in den nächsten Jahren stetig erweitern werden. Dabei sollte der Aufbau von intelligenten Netzen (Smart Grids) schnell vorangetrieben werden. Eine **Schlüsselrolle** auf dem Weg zur **klimaneutralen Wärmeversorgung**

bis 2050 spielen die **Berliner Wärmenetze und die Stadtwärme**. Diese Potenziale wollen wir heben. Deshalb werden wir uns im **Berliner Wärmegesetz** für den Ausbau der Fern- und Nahwärmenetze und die **schrittweise Dekarbonisierung der Stadtwärme mit überprüfbaren Quoten bis 2050 einsetzen**.

- **Klimaschutz im Quartier bei Neu- und Bestandsbauten gewährleisten.** Der Energiebedarf der Berliner Gebäude ist aktuell für rund 40 Prozent der klimarelevanten Emissionen in Berlin verantwortlich. Hier liegt deshalb einer der Schwerpunkte unserer Klimapolitik für Berlin. Wir wollen, dass **neue Stadtquartiere künftig ihren Beitrag zum Ziel der Klimaneutralität leisten**. Der weitaus größte Teil unserer Stadt besteht jedoch aus Bestandsgebäuden. Viele müssen deutlich energieeffizienter werden. Um Kosten zu sparen, setzen wir möglichst auf **serielle, standardisierte Sanierungen**. Durch eine **Energieberatungsoffensive** sowie zusätzliche Landesförderprogramme wollen wir die Sanierungsrate im Gebäudebestand systematisch erhöhen.
- **Grünflächen pflegen, Stadtnatur bewahren, Wasserversorgung sichern.** Erste Auswirkungen des Klimawandels sind immer häufiger auch in Berlin zu spüren: langanhaltende Hitzeperioden, heftige Starkregen und Stürme, vertrocknende Wälder und eine drohende Wasserknappheit. Auch hier werden wir handeln. Die steigende Flächenknappheit darf deshalb nicht einseitig zulasten des Stadtgrüns gehen. **Grünanlagen sind ein Pfeiler der Umweltgerechtigkeit**. Sie tragen zu einem guten Stadtklima bei, nehmen Regenwasser auf und leisten einen Beitrag zur Artenvielfalt in Berlin. Besonders Menschen mit einem geringen sozialen Statusindex sind überproportional häufig von negativen Umweltfaktoren wie verschmutzter Luft, hoher Lärmbelastung, geringer Verfügbarkeit von wohnortnahen Grünflächen und einem schlechten Bioklima betroffen. Es ist uns ein dringendes Anliegen, dem entgegenzuwirken. Wir werden einen „**Baumwasserdienst**“ einrichten, der die bezirklichen Grünflächenämter in die Lage versetzt, die Bewässerung der Stadtbäume im Sommer durchzuführen.
- **Emissionsfreie Wirtschaftsverkehr.** Auch den **Wirtschaftsverkehr** werden wir mit intelligenten Lösungsansätzen wie dem emissionsarmen Transport von Waren über Verteilerpunkte oder der **Förderung von emissionsfreien Kleintransportern** klimafreundlich weiterentwickeln. Außerdem setzen wir uns bei den Wirtschaftsverkehren für die **Elektrifizierung der Schienenwege** nach Berlin, attraktive Wasserstraßen und nachhaltige Antriebe samt Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur ein.

2) Sind Sie bereit, im Sinne der Verkehrswende bereits versiegelte Verkehrsflächen vom Autoverkehr hin zum ÖPNV, Rad- und Fußverkehr umzuverteilen?

Ja. Wesentlicher Bestandteil des Klimaschutzes ist die Verkehrswende. Mit einem Mix aus E-Mobilität, Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und Stärkung des Rad- und Fuß-Verkehrs schaffen wir die nötige Mobilitätswende, die sich durch eine **gerechtere Flächenverteilung** auszeichnet. Um eine gerechte Verteilung der Verkehrsflächen in Berlin zu gewährleisten, müssen wir dem **Bedarf nach Rad- und Fußgängerverkehr gerecht werden** und **Alternativen zum eigenen Kraftfahrzeug gezielt stärken**. Mit dem bundesweit ersten Mobilitätsgesetz hat die Berliner SPD dafür bereits die notwendige Grundlage geschaffen. Darauf aufbauend wollen wir zu einer klimagerechten und stadtverträglichen Mobilität gelangen. Unser Ziel: Ein starker Umweltverbund, bestehend aus Radverkehr, Fußverkehr und einem Öffentlichen Personennahverkehr mit verbesserten Anbindungen insbesondere der Außenbezirke und attraktiveren Taktzeiten. Dabei steht für uns die Soziale Frage im Mittelpunkt. **Niemand darf von Mobilität ausgeschlossen werden**. Wir streben deshalb die Einführung **des 365-**

Euro-Tickets an, um so für alle Berliner:innen ein kostengünstiges Angebot zur Nutzung von Bus und Bahn zu schaffen.

3) Wie stehen sie zum Bau der „Tangentialverbindung Ost“ (TVO) und zum Weiterbau der A100?

Die SPD Berlin hält an der derzeit im Bau befindlichen Verlängerung der Autobahn A100 (**16. Bauabschnitt**) bis zum Treptower Park fest. Wir setzen uns für die Erstellung eines umfassenden Verkehrskonzepts vor einer Eröffnung dieses Bauabschnitts ein. Um negativen Auswirkungen der A100 entgegenzutreten, wollen wir die Deckelung der A100 im Bereich Alt-Treptow/Treptower Park. Eine Weiterführung der A100 mit einem 17. Bauabschnitt wollen wir im Rahmen einer ergebnisoffenen gesamtstädtischen Bürger:innenbeteiligung diskutieren und entscheiden. Wir werden die Planungen und den **Bau der Tangentialverbindung Ost (TVO)** voranbringen, um für Entlastung in den östlichen Bezirken zu sorgen.

II. Wasser

4) Was wird Ihre Partei tun, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 in Berlin zu erreichen?

Für die Berliner SPD bleibt es dabei: Die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie muss zwingend bis 2027 gewährleistet werden. Berlin ist seit März 2018 eine Blue Community und hat sich damit zum besonderen Schutz des Wassers verpflichtet, sei es als Lebensmittel oder auch Lebensraum. So wollen wir die **Wassergüte** bezüglich der physikalisch-chemischen und auch biologischen Belastung der Oberflächengewässer, insbesondere der Hauptfließgewässer wie Spree und Havel deutlich verbessern. Dies wird durch Reduktion von Direkteinleitungen aus Gewerbebetrieben, aber auch der Entwässerung von Straßen und Parkplätzen erreicht. Dabei muss die Einleitung von belastetem Regenwasser unterbleiben, sei es, indem Flächen zur Versickerung entsiegelt werden, das Regenwasser gereinigt wird oder, dass eine Regenwasserableitung eingeschränkt wird, wie z.B. in Neubaugebieten. Berlin hat jedoch sein Wassermanagement nicht allein in der Hand, denn die Gewässer der Stadt befinden sich in dem Elbeanrainernetzwerk. Somit kann ein **nachhaltiges Wassermanagement** nur mit Brandenburg gemeinsam gelingen, wobei die Verockerung der Spree durch den stillliegenden Baukohlebergbau in der Lausitz, der Phosphoreintrag durch die Landwirtschaft und die abnehmenden Wassermengen die Hauptherausforderungen der nächsten Jahre darstellen.

Die **Versorgung mit Trinkwasser** in ausreichender Qualität und Quantität ist eine essenzielle Lebensgrundlage und damit eine Daseinsvorsorge, die ausschließlich in kommunale Hand gehört. Anders als viele andere Städte gewinnt Berlin sein Wasser aus dem Grundwasser und Uferfiltraten auf eigenem Stadtgebiet. Diese Wasserselbstversorgung bedingt eine besondere Sorgfalt gegenüber dem Grundwasser, den Berliner Oberflächengewässern und der Ufernatur. Unsere Flüsse und Seen müssen sauberer werden, indem Direkteinleitungen möglichst unterbleiben und das Regenwasser besser zur Bewässerung des Stadtgrüns genutzt wird. Dazu werden wir die von der Berliner SPD initiierte bundesweit erste Regenwasseragentur fortführen und stärken. Und mit den Berliner Wasserbetrieben werden wir zusammen dafür sorgen, dass die über **300 öffentlichen Springbrunnen** sowie die **Berliner Straßenpumpen** wieder funktionieren. Im Zeichen des Klimawandels sollen genügend öffentliche Trinkwasserbrunnen zur Verfügung stehen. Als Auswirkung des Klimawandels wird sich Berlin zunehmend auch mit dem Mangel an Wasser auseinandersetzen müssen, damit es nicht zu **Wassernotständen** wie in manchen Brandenburger Kommunen, wie z.B. in Cottbus schon Realität ist, kommt. Dazu muss das **Wasserversorgungskonzept 2040** entsprechend angepasst werden. In dem Zusammenhang muss auch der Bedarf an Wasserwerken überprüft werden, denn bisher war die

Annahme, dass Berlin über genügt **Wasservorräte für die Versorgung** verfügt. Die naturverträglichen Fördermengen sind im Rahmen der noch ausstehenden Genehmigungsverfahren festzusetzen.

5) Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die durch die Trinkwasserförderung bereits stark geschädigten Moore Berlins zu retten?

Der Erhalt von Mooren einerseits und die Sicherung der Trinkwasserversorgung in Berlin andererseits sind eine große Herausforderung. Dafür werden wir schnellstmöglich den **Masterplan Wasser**, der bereits in der auslaufenden Legislatur Teil des Koalitionsvertrags war, fertig stellen. Für eine langfristige Sicherung der Wasserversorgung und der wertvollen Moore werden eng mit Brandenburg zusammenarbeiten. Wir werden Wasserverluste an Schleusen und Wehren minimieren. Wir investieren in eine höhere Effizienz der Wasserinfrastrukturen in der Stadt, um Fördermengen so gering wie möglich zu halten. Dafür werden wir **die Berliner Wasserbetriebe** mit ausreichenden Finanzmitteln ausstatten.

III. Stadtgrün

6) Welche Mittel wollen Sie bereitstellen, um mehr Stellen in Naturschutzbehörden und Grünflächenämtern zu schaffen?

Um die Regulierungen und Ziele im Bereich Umwelt- und Naturschutz in Berlin umzusetzen, ist eine entsprechende Personalausstattung unabdingbar. Daher setzten wir uns dafür ein, dass **Naturschutzbehörden und Grünflächenämter eine feste Personalausstattung mit den entsprechenden Sachmitteln** erhalten. Der Sachverständigenbeirat für Naturschutz und Landschaftspflege hat im September 2020 angemahnt, dass geplante Naturschutzgebiete wie Flughafensee oder Tegeler Heide aufgrund von Personalmangel nicht ausgewiesen werden können. Wir werden die bisher fehlenden Anmeldungen neuer Meldungen kritisch prüfen und bei Bedarf gegensteuern. Die bezirklichen Grünflächenämter wollen wir insbesondere durch eine weitere Übernahme der Reinigungsarbeiten durch die BSR entlasten. Die SPD-Fraktion hat bereits im November 2018 beschlossen, die Reinigung aller Park- und Grünflächen sukzessive in BSR-Hand zu überführen. Dieser Beschluss war in der Koalition leider nicht mehrheitsfähig. Zudem wurden die Gelder für die Baumpflege von 50 Euro auf 82 Euro pro Baum erhöht. Diese Mittel sichern wir zukünftig und prüfen kritisch, wie sich der Baumbestand in den städtischen Grünflächen, Parks und Wäldern weiterentwickelt. Das Mischwaldprogramm und die Stadtbaumkampagne, die unter SPD-Führung im Jahr 2012 eingeführt wurden, werden wir in mindestens gleicher Höhe weiterführen.

7) Wie beabsichtigen Sie sicherzustellen, dass das vom Senat herausgegebene "Handbuch Gute Pflege" bei der Grünflächenpflege in den Bezirken, bei öffentlichen Institutionen sowie städtischen Wohnungsgesellschaften verbindlich befolgt wird?

Wir werden die Koordination und Überwachung insbesondere externer Dienstleister bei der Grünflächenpflege verbessern und bei den entsprechenden öffentlichen Institutionen, den Landesunternehmen und den Bezirken hierfür weiter sensibilisieren.

8) Halten Sie ein Verbot von Schottergärten für ein geeignetes Instrument, um ökologisch wertvollere Gärten zu fördern?

Ein weitgehender Erhalt unversiegelter Flächen auf den nicht-überbauten Flächen ist ein wichtiger Aspekt, um Wasser auf städtischem Gebiet aufzunehmen und bei Starkregenereignissen die Kanalisation nicht stärker zu belasten. Ebenso setzen wir uns für eine Privilegierung begrünter und bepflanzter Flächen gegenüber Schottergärten ein. Dafür wird sich die Berliner SPD in der kommenden Legislaturperiode stark machen.

IV. Bauen

9) Beabsichtigen Sie, Maßnahmen gegen Vogelschlag an Glas sowie zur Schaffung künstlicher Lebensstätten für Vögel- und Fledermäuse bei Neu- und Bestandsbauten in der Bauordnung zu verankern?

Ja. Beide Forderungen sind in der geplanten Novellierung der Berliner vorgesehen. In der entsprechenden Ausschuss-Anhörung hat sich unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus bereits zustimmend positioniert.

10) Setzen Sie sich dafür ein, die ökologische Baubegleitung bei allen Bauvorhaben verpflichtend zu machen?

Ja. Wir wollen, dass neue Stadtquartiere künftig ihren Beitrag zum Ziel der Klimaneutralität leisten. Dazu werden wir **ökologisch wirksame und sozial verträgliche Standards formulieren, die praxistauglich und verpflichtend sind und zu Berlin passen**: ein erhöhter Effizienzhausstandard für Gebäude, mehr Solarenergie und mehr Gebäudebegrünung auf Dächern und Fassaden, Einsatz von klimaverträglichen Baumaterialien, wie Holz, ein dezentrales Regenwassermanagement, Gemeinschaftsgärten und klimafreundliche Mobilität. Bei der Planung neuer Stadtquartiere achten wir darauf, neben Wohnungen auch soziale Infrastrukturen und Einkaufsmöglichkeiten anzubieten, um eine Grundversorgung vor Ort ohne lange Wege zu ermöglichen. Wir wollen den verkehrssarmen „Kiez der kurzen Wege“.

11) Wird sich Ihre Partei für die Förderung kombinierter Solar-Gründächer einsetzen, die sowohl dem (Stadt-)Klima als auch der Artenvielfalt nutzen?

Ja. Begrünung von Dächern und die Gewinnung von Solarstrom sind für einen klimafesten Umbau der Stadt gleichermaßen sinnvoll und notwendig. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass Förderungen kombiniert werden können.

12) Inwieweit wollen Sie technische Möglichkeiten zur Verringerung der Lichtverschmutzung fördern?

In den letzten Jahren sind die beleuchtete Fläche und die Lichtintensität in Berlin deutlich gestiegen. Mit zunehmender künstlicher Beleuchtung nehmen die negativen gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen zu. Die Berliner SPD ist daher nach wie vor entschlossen, die **Lichtverschmutzung in Berlin durch neueste beleuchtungstechnologische Innovationen und lichtplanerische Möglichkeiten zu reduzieren** und die Lichtemissionen in Berlin entsprechend zu regulieren. Für einen wirksamen und nachhaltigen Regulierungsansatz müssen Maßnahmen des Lichtemissionsschutzes mit der Förderung technischer Möglichkeiten einhergehen. Dazu gehört beispielsweise die Förderung **technischer Möglichkeiten für Mess- und Monitoringinstrumente, Steuerungssysteme, aber auch für die Entwicklung städtischer Beleuchtungskonzepte**.

V. Flächensicherung

13) Was unternimmt Ihre Partei, um die über das Landschaftsprogramm (LaPro) ausgewiesenen Biotopverbundflächen rechtsverbindlich zu sichern?

14) Was wird Ihre Partei tun, um den Flächenverbrauch allgemein zu reduzieren?

Die Fragen 13) und 14) werden zusammen beantwortet.

Die Freiflächen, Grünanlagen und Wälder sind nicht nur Erholungs- und Freizeitorte, sondern auch „lebenserhaltende Organe“ des urbanen Ökosystems: Als Wasserspeicher, natürliche Klimaanlage, Sauerstoffspender, CO₂-Speicher, Luftfilter etc. Die Berliner SPD ist sich bewusst, dass mit

zunehmendem Druck zur Nachverdichtung die Konkurrenz um diese Flächen wächst. Für uns bleibt es jedoch dabei, dass diese Entwicklung nicht einseitig zulasten der Grünflächen der Stadt geschehen darf. Gerade die Corona-Krise hat uns verdeutlicht, welchen Stellenwert die öffentlichen grünen Infrastrukturen, wie Parks, Grünflächen und der öffentliche Raum für eine Stadtgesellschaft haben. Grünanlagen sind ein Pfeiler der Umweltgerechtigkeit. Deshalb brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklungspolitik hin zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Stadt: Wir wollen Berlin noch grüner und lebenswerter werden, gerade in den verdichteten Quartieren. Dabei sind für uns mehrere Eckpunkte zu verzahnen:

- ❑ Die **gesamtstädtische Flächennutzungsplanung** muss konzeptionell neu aufgestellt werden: Gerade in den hochverdichteten Quartieren darf die weitere Inanspruchnahme von Flächen durch Versiegelung und Bebauung nur ermöglicht werden, wenn sie zu einer nachhaltigen Stadtinfrastruktur beiträgt, z.B. durch Grün- und Freiflächen, Gebäudebegrünung, Solardächer, dezentrales Regenwassermanagement, Einsatz von regenerativen Energien oder ein multimodales Mobilitätskonzept.
- ❑ **Nachhaltige Stadtplanung soll verbindlich und „aus einem Guss“ erfolgen.** Dazu muss eine raumbezogene verbindliche Verknüpfung der Planungswerke hergestellt werden, wie mit dem Landschaftsprogramm, Stadtentwicklungsplänen (StEP) Klima, Wohnen, Zentren und Mobilität und Verkehr mit dem Ziel sog. Vorranggebiete für nachhaltige Quartiere festzusetzen. Dieses hat in Mitwirkung und Abstimmung mit den Bezirken zu geschehen, z.B. bei der Erstellung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten (ISEKs) oder auch Bereichsentwicklungsplänen (BEPs). Dazu ist gerade auf der Bezirksebene eine entsprechende Personalausstattung sicherzustellen.
- ❑ Die **Berliner Bauordnung** muss grundsätzlich überarbeitet werden mit dem Ziel, verbindlich mehr Grün in den Siedlungsstrukturen zu sichern und zu schaffen. So ist z.B. der sog. **Biotopflächenfaktor als geeignetes und anerkanntes Planungsinstrument gerichtsfest** zu machen. Der Schutz von Bäumen nach der BaumschutzVO ist so in der BauO zu ergänzen- bzw. zu novellieren, dass Baugenehmigungen von Wohnungsbauten nicht mehr vorzeitig das Fällen von Bäumen zulassen. Die zulässige Bebauung inkl. sämtlicher Baustelleneinrichtungen ist so auszurichten, dass erhaltenswerte Bäume gesichert werden.
- ❑ Die **Bauleitplanung** muss, gerade auch für Neubauquartiere einen angemessenen Anteil an Grün- und Freiflächennutzung verbindlich festsetzen. Dazu sind bürger:innennahe Konzepte zu entwickeln und von den Investoren zu realisieren, wie z.B. Naturerfahrungsräume, Mietergärten, Gemeinschaftsgärten.
- ❑ Das **Berliner Öko-Konto** im Rahmen der naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wollen wir umsetzen und erweitern. Dieses werden wir in Abstimmung und Einklang mit der Gesamtstädtischen Ausgleichskonzeption schaffen.
- ❑ **Kleingärten und gemeinschaftliches Gärtnern** werden wir mit einem **Kleingartenflächensicherungsgesetz** dauerhaft sichern. Mit diesem Gesetz erhöhen wir auch die Ansprüche an die ökologische Bewirtschaftung der Kleingartenflächen.

15) Wie will Ihre Partei die Kooperation von Berlin und Brandenburg ausbauen, um städtebauliche Planungen so aufeinander abzustimmen, dass in Stadt und Umland genügend Freiflächen erhalten bleiben?

Für die Berlin SPD ist klar: Berlin braucht eine bessere gemeinsame Planung auch mit den Nachbargemeinden im Brandenburger Umland. Dazu wollen wir das **Kommunale Nachbarschaftsforum** und die **Gemeinsame Landesplanung von Berlin und Brandenburg**

weiterentwickeln. Wir brauchen ein **gemeinsames Leitbild für eine nachhaltige Zukunftsmetropolenregion Berlin-Brandenburg**, damit Berlin mit den umgebenden Kommunen, Landkreisen und den beiden Landesregierungen eine bessere, **integrierte Planungskultur** entwickeln kann. Wichtig ist uns hier eine bessere Abstimmung in der Raumplanung, der Verkehrsplanung, insbesondere beim Pendlerverkehr, Wohnung-, Freiraum- und Gewerbeplanung wie auch bei der Energieplanung und dem integrierten Wassermanagement. Eine bessere Verzahnung von Innen- und Außenbezirken ist dringend notwendig. Denn die Stadtentwicklung und -planung konzentriert sich oftmals zu stark auf das Gebiet des S-Bahn-Rings. Dies greift zu kurz und verkennt die polyzentrische Struktur Großberlins, wie sie bereits vor 100 Jahren geschaffen worden ist. Das betrifft insbesondere die Mobilitätsangebote von „außen“ nach „innen“ und diagonal, gerade auch für Pendler über die Landesgrenze hinweg. Die **ÖPNV-Verbindungen zwischen Berlin und dem Brandenburger Umland** sind auszubauen. Auch die Pflege und Entwicklung der Grün- und Freiräume gehören zur Weiterentwicklung des Groß-Stadtraums. Diese neuen Strukturen für eine lebenswertere Stadt müssen alle Akteure gemeinsam gestalten. Dazu wollen wir ein entsprechendes **Forum „Außenstadt“** aufbauen, in dem insbesondere die Außenbezirke und einige Innenbezirke und die zuständigen Senatsverwaltungen vertreten sind.

16) Wie stehen Sie zur Randbebauung des Tempelhofer Felds?

Wir wollen das Tempelhofer Feld als grüne Lunge in der Stadt erhalten. Die SPD steht dem Wohnungsbau auf ausgewählten Randflächen des Tempelhofer Feldes offen gegenüber. Dabei wollen wir den **Erhalt von Freiflächen zur Erholung und Bewegung** sicherstellen. **Der Bau von bezahlbarem Wohnraum und der Erhalt von öffentlichen Grünflächen müssen sorgfältig miteinander abgewogen werden.** Die Entscheidung darüber obliegt jedoch letztlich den Berliner:innen. Wir werden deshalb eine Diskussion mit der Stadtgesellschaft darüber führen und sind für einen zweiten Volksentscheid offen. Sollte es eine Mehrheit für eine Randbebauung mit Wohnungen und sozialer Infrastruktur geben, ist es für uns zwingend, dass die Flächen nur für Wohnungsbau durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften oder gemeinwohlorientierte Dritte in einem sehr geringen Umfang der Fläche des Feldes bebaut werden.

17) Wie stehen Sie zu dem Plan, den Bau eines Möbelmarkts am „Pankower Tor“ als öffentliches Interesse zu deklarieren, obwohl dieser ein national bedeutsames Vorkommen der streng geschützten Kreuzkröte bedroht?

Die Berliner SPD ist weiterhin dem Erhalt der Artenvielfalt verbunden – in Pankow ebenso wie in allen Berliner Bezirken. Eine Entscheidung über die angekündigte gerichtliche Klage zur geplanten Bebauung des „Pankower Tors“ erwarten wir mit Respekt und werden sie unserem weiteren Vorgehen zugrunde liegen. Hier wollen wir mit dem Berlin NABU und den anderen bezirklichen Akteuren einen gemeinsamen Weg gehen, der Tier-, Arten- und Naturschutz und das öffentliche Interesse in Einklang bringt.